

Protokoll

über die Sitzung des **Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses** am Montag, 06.02.2017, 17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes Nienburger Straße 31, 31535 Neustadt a. Rbge.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Thomas Stolte

Stellv. Vorsitzende/r

Herr Hans-Günther Jabusch

Mitglieder

Herr Dr. Ulrich Baulain

Herr Peter Hake

Herr Thomas Iseke

Herr Heinz-Günter Jaster

Herr Dr. Godehard Kass

Herr Ferdinand Lühring

Herr Björn Niemeyer

Herr Heinz-Jürgen Richter

Herr Raimar Riedemann

Vertreter für Frau Schlicker

Beratende Mitglieder

Herr Timurhan Akdag

Herr Reinhard Amm

Herr Martin Langreder

Herr Volker vom Hofe

Verwaltungsangehörige

Herr Jörg Homeier

Frau Iris Mohrhoff

Frau Annette Plein

Fachbereichsleitung 3, Infrastruktur

Fachdienst Stadtplanung, Protokoll

Fachbereichsleitung 2, Bürgerservice

Zuhörer/innen

2 Personen

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr

Sitzungsende: 17:54 Uhr

Tagesordnung:

Vorlagen Nr.

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 19.12.2016
3. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 16.01.2017
4. Berichte und Bekanntgaben
5. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes
6. Innenentwicklung "Mandelsloher Straße/In der Wiek/Enge Straße"
- Grundsatzentscheidung **2015/209/1**
7. Ausweisung eines Wohnbaugrundstückes im Stadtteil Bevensen
- Grundsatzentscheidung **2016/394**
8. Richtlinie für die Vergabe von kommunalen Baugrundstücken **2016/249/1**
9. Anlage eines Schau- und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) als einen Beitrag zum Projekt des AKS (Aktionsprogramm Klimaschutz) "Klimaschutz verwurzeln" **2016/395**
10. Besetzung des Fach- und Sachgremiums zum Rathausneubau **2017/032**
11. Gehwegausbau Meerstraße in Mardorf - Projektfeststellung **2017/018**
12. Antrag der UWG-Fraktion zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Flughafen Hannover-Langenhagen, dem Land Niedersachsen und der Stadt Garbsen, damit Änderungen der Flugrouten nicht umgesetzt werden **2016/387**
13. Antrag der UWG-Fraktion zum Erstellen eines umsetzungsorientierten Lärmaktionsplanes gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie durch ein qualifiziertes Planungsbüro **2016/378**
14. Anfragen

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Herr Stolte eröffnet die Sitzung des Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der TOP 6 (Innenentwicklung "Mandelsloher Straße/In der Wiek/Enge Straße" – Grundsatzentscheidung) wird einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt, da Einwendungen von Anwohnern vorliegen, die von der Verwaltung abschließend beantwortet werden müssen.

Der TOP 9 (Anlage eines Schau und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule ...) wird einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt, da der Ortsrat der Ortschaft Neustadt a. Rbge. diese Vorlage noch beschließen muss.

2. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 19.12.2016

Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 19.12.2016 wird genehmigt.

3. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung am 16.01.2017

Der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss fasst einstimmig bei einer Enthaltung folgenden

Beschluss:

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der Sitzung am 16.01.2017 wird genehmigt.

4. Berichte und Bekanntgaben

a) Frau Plein gibt bekannt, dass das Ergebnis der Passantenbefragung zum Thema "Vitale Innenstädte 2016", die im Auftrag der Wirtschaftsförderung Neustadt a. Rbge. GmbH mit Unterstützung des Handelsverbandes Hannover und der Stadt Neustadt a. Rbge. durchgeführt wurde, vorliegt und am 23.02.2017, um 18:00 Uhr, in der Mensa der Leine-Schule, Bunsenstraße 6, vorgestellt wird.

b) Herr Homeier informiert den Ausschuss darüber, dass von der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen mbH (LNVG) eine Zuwendung in Höhe von maximal 178.645,00 EUR für die Grunderneuerung von acht Bushaltestellen für 2017 bewilligt worden ist.

- c) Des Weiteren berichtet Herr Homeier, dass bezüglich des Ersatzneubaus der Wegebrücke "Am Rischanger" im Stadtteil Basse ein Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen den Bauweisen „Stahlbeton“ und „Stahl-/Holz“ durchgeführt wurde. Dieser zeigte, dass insbesondere vor dem Hintergrund der zu erwartenden Förderung in einer Höhe von bis zu 63 % bereits die einmaligen Investitionskosten beider Bauweisen sehr dicht beieinander liegen. Je nach Häufigkeit des Austausches der Holzbohlen stellt sich die eine oder die andere Bauweise wirtschaftlicher dar. Aus diesem Grund wird zunächst der Förderbescheid vom Amt für regionale Landesentwicklung Leine-Weser – Hildesheim abgewartet. Anschließend soll die Ausschreibung in Stahlbetonbauweise erfolgen, wobei Nebenangebote zulässig sind, so dass bei Vorliegen unterschiedlicher Bauweisen die wirtschaftlichste ausgewählt werden kann.

5. Einwohnerfragestunde gemäß § 62 Absatz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes

Von der Einwohnerfragestunde wird kein Gebrauch gemacht.

6. Innenentwicklung "Mandelsloher Straße/In der Wiek/Enge Straße" - Grundsatzentscheidung **2015/209/1**

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

7. Ausweisung eines Wohnbaugrundstückes im Stadtteil Bevensen - Grundsatzentscheidung **2016/394**

Auf die Frage von Herrn Richter erklärt Frau Plein, dass der Ortsrat der Ortschaft Bevensen in seiner Sitzung am 09.11.2016 den Beschluss gefasst hatte, dass für dieses Bauvorhaben ein Bebauungsplan aufgestellt werden soll.

Daraufhin fasst der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

1. Der nördliche Teilbereich des Flurstückes 13/2, Flur 1, Gemarkung Bevensen, soll durch eine Ergänzungssatzung gemäß § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB in den Innenbereich mit einbezogen werden.
2. Allgemeine Ziele und Zwecke der Planung sind die Schaffung eines Baugrundstückes für Wohnbebauung.
3. Die Kosten der Planung sowie der ggf. erforderlichen Gutachten und Folgekosten sind von dem Grundstückseigentümer zu übernehmen.

8. Richtlinie für die Vergabe von kommunalen Baugrundstücken

2016/249/1

Herr Jabusch beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass es sich bei den städtischen Baugrundstücken um ehemals Spielplatzgrundstücke handelt.

Daraufhin fasst der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden geänderten empfehlenden

Beschluss:

Der Verkauf von städtischen Baugrundstücken (ehemals Spielplatzgrundstücke) erfolgt zum jeweiligen Bodenrichtwert für Wohnbauflächen. Beim Auswahlverfahren der Käufer werden folgende Kriterien zugrunde gelegt:

1. Hauptwohnsitz und Lebensmittelpunkt in Neustadt a. Rbge. (auch Stadtteile) 6 Punkte,
2. Arbeitsplatz in Neustadt a. Rbge. 4 Punkte,
3. Wohnsitz früher einmal in Neustadt a. Rbge. 1 Punkt,
4. bislang kein Wohnhauseigentum 5 Punkte,
5. Kinder unter 18 Jahren im Haushalt, pro Kind 6 Punkte,
6. Schwerbehinderung des Antragsteller oder eines Familienmitgliedes mit mindestens 50 %, pro Person 5 Punkte,
7. Wohnsitz im Stadtteil des Verkaufsgrundstückes 2 Punkte,
8. jetzige Wohnung ist eine Sozialwohnung in Neustadt a. Rbge., die den Bindungen des sozialen Wohnungsbaus noch mindestens 3 Jahre unterliegt 5 Punkte,
9. Bürgerschaftliches Engagement nachgewiesen durch die Ehrenamtskarte 5 Punkte

Die Vergabe der Baugrundstücke erfolgt nach erreichten Punktezahlen. Bei Punktgleichheit wird nach der erreichten Summe der unter den Ziffern 5 und 6 erzielten Punkte vergeben.

9. Anlage eines Schau- und Schulparks an der Kooperativen Gesamtschule (KGS) als einen Beitrag zum Projekt des AKS (Aktionsprogramm Klimaschutz) "Klimaschutz verwurzeln"

2016/395

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

10. Besetzung des Fach- und Sachgremiums zum Rathausneubau

2017/032

Auf Anfrage von Herrn Jabusch teilt Herr Homeier mit, dass die Fraktionen bis zur Ratssitzung am 16.02.2017 auch andere als die vorgeschlagenen Personen sowie deren Vertreter benennen mögen, die in dieses Gremium entsandt werden sollen.

Daraufhin fasst der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

1. Das Fach- und Sachgremium als Steuerungskreis zum Rathausneubau wird mit höchstens 20 Personen besetzt.
2. Davon werden 8 Personen aus den Ratsfraktionen benannt.
4 externe Fachleute werden aus den Fachgebieten Finanzwesen, Architektur, Recht, sowie Stadtentwicklung/ Klimaschutz berufen.
3 Sitze werden durch Verwaltungsmitarbeiter aus dem Verwaltungsvorstand, der Strategischen Planung beim Bürgermeisterreferat und dem Fachdienst Immobilien besetzt.
Je 1 Vertreter wird von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, den Wirtschaftsverbänden und den städtischen Wirtschaftsbetrieben benannt. 2 Bürgervertreter sind in das Gremium zu wählen.
3. Um die kontinuierliche Arbeit sicherzustellen, wird für jeden Sitz ein Vertreter benannt, der alle internen Informationen erhält, aber nur bei Verhinderung des Sitzinhabers teilnimmt.
Der Leiter des Projektes Rathaus und Innenstadtentwicklung fungiert als Geschäftsstelle des Fach- und Sachgremiums.
4. Das Fach- und Sachgremium ist berechtigt, zur fachlichen Erarbeitung der Ausschreibungsvorgaben für den Rathausneubau weitere externe Fachleute einzuladen oder gutachterlich in die Arbeit einzubinden.

11. Gehwegausbau Meerstraße in Mardorf - Projektfeststellung

2017/018

Im Rahmen der Vorstellung der Beschlussvorlage weist Herr Homeier darauf hin, dass diese Angelegenheit mit dem Ortsrat der Ortschaft Mardorf im Dezember 2016 abgestimmt worden ist.

Herr Niemeyer begrüßt und unterstützt das Projekt. Außerdem führt er aus, dass die Pfofen als Abgrenzung zur Sicherheit der Fußgänger erhalten bleiben sollen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die vorhandenen Pfofen, die zur Abgrenzung zwischen der Fahrbahn und dem Gehweg dienen und damit zur Sicherheit der Fußgänger beitragen, werden im Rahmen der Baumaßnahme ersetzt.

Hinsichtlich der Befürchtung von Herrn Jaster, dass die Fahrbahn während der Baumaßnahme gesperrt werden könne, sagt Herr Homeier die Klärung zu. Die Ausführungsplanung erfolgt in Absprache mit dem Ortsrat.

Anmerkung der Verwaltung:

Für den Bau der ca. 400 m langen dreizeiligen Gosse entlang der südlichen Fahrbahnkante ist es erforderlich, den Bereich um das Baufeld herum (punktuell) halbseitig zu sperren. Hier wäre der nach Osten fahrende Verkehrsteilnehmer wartepflichtig.

Sollte sich herausstellen, dass es aufgrund von stark auftretendem Tourismusverkehr (Wohnwagen, Wohnmobile, Bootsanhänger) zu einem unverhältnismäßig langen Rückstau kommt, würde der nach Osten fahrende Verkehr über den "Pferdeweg" umgeleitet werden.

Die Bushaltestelle innerhalb des Baufeldes wird im Zuge des Gehwegausbaus barrierefrei gestaltet. Es handelt sich hierbei nicht um eine der acht von der LNVG geförderten Bushaltestellen.

Herr Riedemann sieht die Finanzierung der Maßnahme kritisch.

Daraufhin fasst der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschusses einstimmig bei einer Enthaltung folgenden empfehlenden

Beschluss:

Der baulichen Umsetzung des Gehwegausbaus entlang der Meerstraße im Stadtteil Mardorf wird zugestimmt.

- 12. Antrag der UWG-Fraktion zur Aufnahme von Verhandlungen mit dem Flughafen Hannover-Langenhagen, dem Land Niedersachsen und der Stadt Garbsen, damit Änderungen der Flugrouten nicht umgesetzt werden** **2016/387**

Herr Hake befürwortet den Antrag, während Herr Richter diesen als unnötig erachtet, da die Stadt Neustadt a. Rbge. an der Fluglärmmmission Flughafen Hannover-Langenhagen beteiligt ist. Der Ratsherr Piehl ist als Vertreter für die Stadt Neustadt a. Rbge. in die Fluglärmmmission berufen.

Daraufhin lehnt der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss mit 2 Ja-Stimmen und 9 Gegenstimmen den Antrag ab.

- 13. Antrag der UWG-Fraktion zum Erstellen eines umsetzungsorientierten Lärmaktionsplanes gemäß der EU-Umgebungslärmrichtlinie durch ein qualifiziertes Planungsbüro** **2016/378**

Herr Richter zweifelt die Notwendigkeit dieses Gutachtens an.

Daraufhin lehnt der Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss mit 1 Ja-Stimme und 10 Gegenstimmen den Antrag ab.

14. Anfragen

- a) Herr Iseke erkundigt sich nach dem Betriebskonzept des neuen Hallenbades und wünscht dessen Vorstellung im Rat.
- b) Auf die Frage von Herrn Richter nach dem Sachstand des Ausbaus des Radweges "Von Moor zu Moor" in der Gemarkung Otternhagen (Informationsvorlage Nr. 2015/298) erklärt Herr Homeier, dass dieser Radweg bereits fertiggestellt und eingeweiht worden ist.
- c) Des Weiteren möchte Herr Richter wissen, wie es sich mit der städtebaulichen Entwicklung in den Stadtteilen Metel und Scharrel verhält.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Stadtplanung hat für beide Stadtteile (Scharrel und Metel) mögliche Bauentwicklungsflächen zusammengestellt und städtebaulich bewertet. Derzeit werden diese Flächen mit Vertretern des Ortsrates der Ortschaft Otternhagen abgestimmt. Das Ergebnis dieser Abstimmung wird in einer Beschlussvorlage aufgearbeitet und den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt.

- d) Herr Iseke erkundigt sich, ob die Stellungnahme zum Naturparkplan von der Region Hannover schon vorliegt. Dies wird von Frau Plein verneint. Bis Ende Februar 2017 werden, soweit vorhanden, die Stellungnahmen der beteiligten Ortsräte zusammengeführt und an die Region Hannover versendet.
- e) Herr Riedemann fragt nach, ob die Müllcontainer in der "Stiergasse" dort stehen dürfen. Frau Plein wird dies klären.
- f) Hinsichtlich der Frage von Herrn Stolte, ob die Straße "Bordenauer Straße" bereits offiziell übergeben worden ist und eine förmliche Abnahme stattgefunden hat, erklärt Herr Homeier, dass die Region für die Straße zuständig ist. Auch könne er keine Auskünfte zu den beiden – bislang noch nicht wieder hergestellten – Bushaltestellen geben.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Baumaßnahme ist bisher noch nicht von der Region Hannover förmlich abgenommen worden. Die Region ist über die Unebenheiten in der Fahrbahn bereits in Kenntnis gesetzt worden. Es wird geprüft, inwiefern diese Unebenheiten sich im zulässigen Toleranzbereich befinden.

Die beiden Bushaltestellen werden in den nächsten Wochen errichtet. Zusätzlich sind noch einige Restarbeiten vorzunehmen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Herr Stolte den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:52 Uhr.

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Protokollführerin

Neustadt a. Rbge., 13.02.2017